

KOMMENTAR

Es darf nichts hängen bleiben

Falsche Anschuldigungen können jede und jeden treffen – und sie können sowohl den persönlichen Ruf als auch das berufliche Vorankommen gefährden. Wir sehen den Dienstherrn in der Pflicht, Kolleginnen und Kollegen nach unbestätigten Verdachtsfällen eine vollständige Rehabilitation mit Wiederherstellung der Reputation und Reintegration in die Organisation zu ermöglichen.

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Nicht wenige Beschäftigte haben die Sorge, dass sie im Job zu Unrecht mit falschen Vorwürfen konfrontiert werden könnten – unter Umständen sogar, um ihnen bewusst zu schaden. Getreu dem Motto „Verleumdung musst du frech betreiben, es wird schon etwas haften bleiben“. Das führt mitunter zu Verunsicherungen im Dienst- bzw. Berufsalltag.

Um zu Beginn aber gleich zwei der größten Sorgen zu relativieren

1. Die Fallzahlen belegen, dass unbegründete Verdachtsmomente aus unterschiedlichen Gründen entstehen, nicht nur durch bewusst falsche Anschuldigungen, wie es häufig angenommen wird.
2. Fälle von tatsächlichen Falschbeschuldigungen kommen in der Praxis generell selten bis sehr selten vor.

Aber was, wenn es doch passiert?

Doch auch, wenn es selten passiert – es passiert. Und was ist, wenn man wirklich plötzlich und unverschuldet in den Verdacht ge-

rät, eine grobe Verfehlung begangen zu haben? Wie eingangs schon erwähnt: Solche Beschuldigungen können enorme Auswirkungen auf die Betroffenen haben. Es bleibt halt meist etwas haften.

Daher setzen wir uns intensiv dafür ein, in solchen Fällen eine vollständige Rehabilitation zu ermöglichen. Klar ist: Interne Ermittlungen bei Verdachtsfällen von Verfehlungen oder gar Straftaten sind extrem wichtig. Aber: Sie müssen fair bleiben. Wer ein Fehlverhalten begangen hat, muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Wer zu Unrecht beschuldigt wurde, muss rehabilitiert werden – und zwar so, dass kein faider Beigeschmack hängen bleibt.

Wir brauchen ein Rehabilitationskonzept

Zwischen einem Anfangsverdacht und der zweifelsfreien Feststellung, dass der Verdacht unbegründet war, vergeht nicht selten eine relativ lange Zeit, in der die falsch angeschuldigte Person mitunter hohem psychischen Druck ausgesetzt ist.

Um die beschuldigte Person auf emotional-psychischer Ebene zu entlasten und um eine Wiederaufnahme der Tätigkeit zu ermöglichen, ist es aus unserer Sicht für die Bundespolizei unerlässlich, ein Rehabilitationskonzept zur Wiederherstellung

Tipps für Betroffene:

1. **Ruhe bewahren:** Die erste Reaktion auf falsche Anschuldigungen ist oft emotional geprägt. Wichtig ist es jedoch, Ruhe zu bewahren und besonnen zu handeln.
2. **Alles dokumentieren:** Unabhängig davon, ob es sich um E-Mails, Textnachrichten, Fotos oder Zeugnisaussagen handelt – alle Informationen, die die eigene Unschuld untermauern können, müssen gesammelt werden. Eine umfassende Dokumentation stärkt die eigene Position.
3. **Rechtlichen Rat suchen:** Im GdP-Mitgliedsbeitrag ist umfassender Rechtsschutz enthalten. Die Kolleginnen und Kollegen unserer Rechtsschutzabteilung stehen Betroffenen unterstützend zur Seite.

der Reputation der fälschlich angeschuldigten Person und zu ihrer Reintegration zu erarbeiten.

Dafür wurde nun der Grundstein in Form einer Musterdienstvereinbarung gelegt. Außerdem wurde der Bezirkspersonalrat mit ins Boot geholt. Meine Vorstandskollegin Judith Hausknecht, die zugleich auch Vorsitzende des Bezirkspersonalrats ist, erläutert auf den folgenden beiden Seiten die Details dieser spannenden Thematik. ■



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



DIENSTVEREINBARUNG REHABILITATION

Unschuldig – und dann?

Verfehlungen und Straftaten aufzuklären und zu ahnden, ist Ausdruck unserer demokratischen Grundsätze, die die Rechtsstaatlichkeit beinhaltet. Insbesondere für Polizei muss es Teil einer offenen Fehlerkultur sein, mögliche Verstöße zügig und gründlich aufzuklären und dafür zu sorgen, dass sich etwaige Fehlverhalten nicht wiederholen. Doch was, wenn sich ein Verdacht nicht bestätigt hat?

Judith Hausknecht

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll und Vorsitzende Bezirkspersonalrat

Zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, führen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Bei hinreichendem Tatverdacht erhebt eine Staatsanwaltschaft die öffentliche Klage. Informationen über Verstöße können der zuständigen Stelle nach Hinweisgeberschutzgesetz gemeldet werden. Gegenüber dem Polizeibeauftragten des Bundes kann seitens Polizeibeschäftigter mögliches Fehlverhalten im Einzelfall geltend gemacht werden und Bürgerinnen und Bürger können sich an ihn wenden, wenn sich Anhaltspunkte für strukturelle Mängel oder Fehlentwicklungen ergeben. Und auch die direkt beim Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums angebundene Vertrauensstelle ist Anlaufstelle im Falle eines Verdachts von erheblichen Verfehlungen.

Mögliche Verstöße müssen aufgeklärt werden und etwaige Fehlverhalten dürfen sich nicht wiederholen

Verfehlungen und Straftaten aufzuklären und zu ahnden, ist Ausdruck unserer demokratischen Grundsätze, die die Rechtsstaatlichkeit beinhaltet. Dass deshalb ein hinreichender Anfangsverdacht für entspre-

chende Ermittlungen zuständiger Stellen ausschlaggebend sein muss, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Und insbesondere für Polizei muss es Teil einer offenen Fehlerkultur sein, mögliche Verstöße zügig und gründlich aufzuklären und dafür zu sorgen, dass sich etwaige Fehlverhalten nicht wiederholen.

Beschuldigte sind schon während der Ermittlungen enormem psychischen Druck ausgesetzt

Welche dienst- und arbeitsrechtlichen Folgen sich noch während der Ermittlungen für Beschäftigte des Bundes ergeben können, ist hinreichend bekannt: von (unangenehmen) Personalführungsgesprächen über Ermahnungen, den Ausschluss von Beurteilungs- und Beförderungsrunden, die Nichtberücksichtigung in Auswahl- und Aufstiegsverfahren bis hin zur Suspendierung/Freistellung. Oftmals erlangen auch Kolleginnen und Kollegen – aus welchen Umständen auch immer – Kenntnis über eingeleitete Ermittlungsverfahren. An einer „Tratsch- oder Gerüchterunde“ über von Ermittlungen Betroffene hat wahrscheinlich fast jeder bereits in seiner Dienstzeit teilgehabt. Leider erinnern dort nur die wenigsten an die für alle geltende rechtsstaatliche Unschulds-

vermutung und denken selten daran, dass es auch die eigene Person mal treffen könnte. Betroffene sind also auch noch einem enormen psychischen Druck ausgesetzt. Und dann sind Ermittlungsverfahren (leider oftmals nicht mit der gebotenen Zügigkeit) irgendwann beendet. Zu Verfahrensfragen, möglichen Sanktionen bei Beweis der beschuldigten Tat bzw. des vorgeworfenen Fehlverhaltens, zum Schutz der hinweisgebenden Person sowie zu Dokumentations- oder Berichtspflichten ist eine Vielzahl von Paragrafen in den einschlägigen Gesetzen zu finden.

Was, wenn die beschuldigte Person unschuldig ist?

Doch was, wenn sich ein Verdacht nicht bestätigt hat? Was, wenn ein Vorwurf unbewiesen bleibt? Was, wenn jemand vielleicht sogar absichtlich zu Unrecht beschuldigt wurde? Klar, das Verfahren ist gemäß gesetzlicher Grundlage einzustellen. Aber was passiert dann mit bzw. gegenüber den Betroffenen? Anzunehmen, dass dann alles einfach wieder so ist wie „vorher“, ist völlig realitätsfremd und verkennt die enormen (insbesondere psychischen) Belastungen einer solchen Situation.

Auch Dienstherr bzw. Arbeitgeber stehen in der Verantwortung, wenn sich Verdachtsmomente nicht haben beweisen lassen

Das Hinweisgeberschutzgesetz normiert zumindest einen Schadensersatz nach einer Falschmeldung, aber keines der Gesetze verpflichtet zu rehabilitierenden Maßnahmen, die zum Beispiel dem Ruf und der Gesundheit der vormals Beschuldigten gelten. Es stehen selbstverständlich jedem ungerechtfertigt Verdächtigten individuelle Unterlassungs- und Folgenbeseitigungsansprüche zu, allerdings lassen sich nicht alle zuvor beispielhaft genannten entstandenen Belastungen individuell vollständig beseitigen. Aus der beamtenrechtlichen Fürsorgepflicht sowie den Schutz- und Rücksichtnahmepflichten für die Tarifbeschäftigten lässt sich aber herleiten, dass auch Dienstherr bzw. Arbeit-



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

geber in der Verantwortung stehen, wenn sich Verdachtsmomente nicht haben beweisen lassen.

Musterdienstvereinbarung mit ergänzenden Maßnahmen des Gesundheitsschutzes und der Personalführung erstellt

Mangels gesetzlicher Einzelregelungen hat sich die Gewerkschaft der Polizei unter Einbindung des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht (welchem ich auch angehöre) mit den psychischen, persönlichen und finanziell sehr belastenden Auswirkungen befasst. Es wurde festgestellt, dass es ergänzend geeigneter personalvertretungsrechtlicher Maßnahmen des Gesundheitsschutzes und der Personalführung bedarf, um solche negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten abzumildern. Da eine Feststellung bekanntlich nicht ausreicht, wurden Vorschläge erarbeitet und durch den Bundesvorstand sogar eine Musterdienstvereinbarung inklusive Kurzgutachten – erstellt durch einen Fachanwalt, welcher auch im Personalvertretungsrecht publiziert – zur Verfügung gestellt. In dieser Musterdienstvereinbarung werden aber nicht nur Maßnahmen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts der Betroffenen und zum Schutz der Beschäftigten vor psychischen Gesundheitsbelas-

tungen konkretisiert, sondern gleichfalls Maßnahmen zum (Gesundheits-)Schutz der Zeuginnen und Zeugen sowie der Ermittlungsführerinnen und Ermittlungsführer. Auch die personelle Absicherung und Wiedereingliederung nach abgeschlossenem internen Ermittlungsverfahren wird aufgegriffen.

GdP holt Bezirkspersonalrat mit ins Boot

Da Dienstvereinbarungen gemäß Bundespersonalvertretungsgesetz durch die Dienststelle und den Personalrat – und eben nicht eine Gewerkschaft – vereinbart werden, hat der GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll deshalb den Bezirkspersonalrat beim Bundespolizeipräsidium angeschrieben und um den Abschluss einer solchen Dienstvereinbarung gebeten. Dass ich auch in meiner Funktion als Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, welcher die berechtigten Interessen aller in der Bundespolizei Beschäftigten zu vertreten hat, für den Abschluss einer solchen Dienstvereinbarung werben werde, steht außer Frage. Ich werde mich selbstverständlich im ersten Schritt dafür einsetzen, dass das Plenum überzeugt beschließt, mit dem BPOLP in Verhandlungen zum Abschluss einer Dienstvereinbarung einzutreten! Über den Fortgang werden wir berichten. ■

KOLUMNE BEKLEIDUNG & AUSSTATTUNG

Sichtbarkeits-elemente auf der taktischen Wechselhülle

Steffen Ludwar

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Wie ich euch schon vor einiger Zeit berichtet habe, wird eine neue, vierte Generation der taktischen Wechselhülle beschafft. Die Beschaffung ist jetzt offiziell durch und es wird ein Produkt der Firma Mehler. Auch war in der Ausschreibung die visuelle Erkennbarkeit durch abnehmbare (Klett-)Elemente angedacht. Da das erste Angebot nicht ganz unseren optischen Ansprüchen entsprochen hat, werden wir hier eine Veränderung herbeiführen. Wichtig für uns ist, dass die Elemente hochwertig gefertigt werden und optisch „gut aussehen“. Denn Akzeptanz schafft man dadurch, dass die Kolleginnen und Kollegen sich in den Sachen wohlfühlen! Ich schau mal, ob ich euch vielleicht sogar schon in einer der kommenden Kolumnen ein Bild der Elemente zeigen kann. Übrigens: Ein weiterer Aspekt dieser Elemente ist auch die Funktionalität (Befestigung der Hör-Sprech-Garnitur, Kabeldurchführungen, FuG usw.). ■



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



GdP WIEDER IM HAUPTPERSONALRAT BEI DER BImA VERTRETEN

Stark für das operative Personal

Heinz Selzner

Manfred Boelingen aus Sankt Augustin (Foto) konnte bei den Personalratswahlen bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wieder einen Sitz im Hauptpersonalrat gewinnen. Auch im Personalrat bei der BImA-Direktion Dortmund ist er vertreten, hier gemeinsam mit der Kollegin Martina Waldera.

Mit dem Ziel „Stark für das operative Personal“ wollen sich die beiden GdP-Mitglieder für die Belange der operativen Beschäftigten einsetzen. Als operative Kräfte werden dabei diejenigen Beschäftigten bei der BImA benannt, die beispielsweise mit den vielfältigen handwerklichen Tätigkeiten im Facility-Management der Liegenschaften oder in der Forstwirtschaft betraut sind. Ein besonderes Augenmerk werden Martina und Manfred dabei auf die noch rund 130 Beschäftigten legen, die seit Anfang 2005 im Rahmen der Personalgestaltung vom damaligen Bundesgrenzschutz bei der BImA tätig sind. Diese sind in ihrem Grundarbeitsverhältnis immer noch Angehörige der Bundespolizei. Dieses besondere Arbeitsverhältnis der wenigen noch bis heute verbliebenen gestellten Beschäftigten bedarf nach Ansicht von Manfred Boelingen einer fachkundigen Vertretung im Personalrat, damit die besonderen Belange in der mit fast 9.000 Beschäftigten großen Bundesanstalt nicht unter den Tisch fallen.

Die BImA ist heute die Eigentümerin vieler Liegenschaften, die durch die Bundespoli-

zei genutzt werden. Neben der Verwaltung ist sie in vielen Bereichen auch für Instandhaltungsaufgaben zuständig. In diesem Bereich arbeiten die von der Bundespolizei gestellten Beschäftigten hauptsächlich. Mit jedem Ausscheiden aus der BImA verkleinert sich diese Gruppe innerhalb der BImA, da die Bundespolizei keine neuen Kräfte im Rahmen der Personalgestaltung abgeben wird.

Wir wünschen unseren GdP-Personalratsmitgliedern viel Erfolg für ihre schwierige Aufgabe. Unseren Mitgliedern bei der BImA stehen wir natürlich auch weiterhin zur Seite. ■



Foto: Manfred Boelingen

GdP-KREISGRUPPE BAMBERG

Public Viewing

Petra Wolf

Unter dem Motto „Vor dem Spiel ist nach dem Spiel“ lud die GdP-Kreisgruppe Bamberg zum Vorrundenspiel der Fußball-Europameisterschaft Deutschland gegen Ungarn ein. Anwärterinnen, Anwärter und Stammkräfte genossen nach einer sehr arbeits- und lernintensiven Zeit gemeinsam frisch Gegrilltes und kühle Getränke. Das An-



Foto: GdP-Kreisgruppe Bamberg

gebot zum Public Viewing in der AFZ-Kantine wurde ebenso gut angenommen, bereits ab 17 Uhr füllte sich der Gastrau und schon nach kurzer Zeit gab es nur noch Stehplätze.

Das spannende Spiel und das Endergebnis 2:0 für Deutschland sorgten für gute Stimmung. Von vielen Seiten hörte man ein „Danke an die GdP“. ■

GdP-KREISGRUPPE ZOLL NORD

Trikotzuschuss

Dennis Beuermann



Foto: GdP/Dennis Beuermann

Dieses Jahr fanden die 17. Deutschen Zollmeisterschaften am 14. und 15. Juni in Baunatal statt. Mit dabei auch das Volleyballteam „HZA Hafenkante“ aus Hamburg. Die GdP-Kreisgruppe Zoll Nord unterstützte dieses tolle Team mit einem Zuschuss zu den neuen Trikots. Wir wünschen viel Spaß und Erfolg weiterhin. ■

GdP-KREISGRUPPE KASSEL

Einsatzbetreuung

Thomas Weichert



Foto: GdP/Thomas Weichert

Der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Kassel, Thomas Weichert, und seine Stellvertreterin Sandra Neudert versorgten die Einsatzkräfte beim diesjährigen Hessentag in Fritzlar mit energiespendenden Getränken und Snacks. Dabei wünschten sie allen Kolleginnen und Kollegen einen ruhigen und sicheren Einsatz. ■



Ehrungen

JUNGE GRUPPE GdP-BEZIRK BUNDESPOLIZEI | ZOLL

Mit dem Blick auf die Zukunft

GBJV



Foto: Junge Gruppe GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Das Foto zeigt die Teilnehmenden der siebten BJV-Sitzung vom 2. bis 5. April 2024 in Freiburg.

Der Jungen Gruppe gehört jedes Mitglied bis zu seinem 30. Lebensjahr automatisch an. So weit, so bekannt. Doch was macht die Junge Gruppe eigentlich? Einmal pro Kalenderhalbjahr treffen sich die jungen Kolleginnen und Kollegen zu einer Sitzung. Geleitet werden die Sitzungen durch den Vorstand der Jungen Gruppe. Darüber hinaus entsendet jede GdP-Direktionsgruppe eine Mandatsdelegierte bzw. einen Mandatsdelegierten als „junge Stimme“. Seit dem letzten Bezirksdelegiertentag 2022 ist es nun auch möglich, weitere Gastdelegierte aus den jeweiligen Direktionsgruppen zu entsenden. So müssen sich die Direktionsgruppen nicht mehr „nur“ auf eine Kollegin oder einen Kollegen festlegen. Während der Sitzungen tauschen die Teilnehmenden sich über aktuelle, zukunftsorientierte und politische Themen aus. Wo gibt es Probleme? Welche Auswirkungen haben Entscheidungen von oben auf die Basis? Es ist wichtig, dass den jungen Kolleginnen und Kollegen Gehör geschenkt wird. Die Jugend von heute ist unsere Zukunft von morgen, da ab 2027 die Mehrheit der Beschäftigten in der Bundespolizei zwischen 16 und 30 Jahren alt sein wird.

Doch das ist längst noch nicht alles, was zum Aufgabengebiet der Jungen Gruppe gehört. Beispielsweise bietet die Junge Gruppe auch eine Bandbreite an verschiedenen Seminaren für junge Kolleginnen und Kollegen an. Hier wird ein besonderer Fokus auf die Nach-

wuchskräfte tagungen gelegt. Diese Seminare haben das Ziel, viele junge Kolleginnen und Kollegen für die Gewerkschaftsarbeit begeistern zu können. Dies ist vor allem wegen des aktuellen Generationswandels wichtig, da die Nachfrage am Ehrenamt heutzutage sehr überschaubar ist.

Neben Sitzungen und Seminaren organisiert die Junge Gruppe außerdem alle zwei Jahre eine Zentrale Arbeitstagung (ZAT). Dort kommen viele junge Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland zusammen. Egal ob Tarifbeschäftigte, Verwaltungs-, Polizei- oder Zollvollzugsbeamte – dort können alle ihrer Stimme Gehör verleihen. In mehreren Workshops werden unterschiedliche Themen und Problematiken diskutiert und aufbereitet. Die Ergebnisse werden dann an die entsprechenden Stellen herangetragen. Die nächste ZAT findet bereits vom 23. bis zum 25. Oktober in Berlin statt. Mit wichtigen Themen während der Tagung und lockerem Netzwerken am Abend kommen dort alle jungen Kolleginnen und Kollegen zusammen. Der Vorstand der Jungen Gruppe freut sich jetzt schon auf die spannende Zeit. Die Anzahl an Teilnahmeplätzen ist begrenzt, daher nicht zu lange warten. Melde dich an und werde Teil einer tollen Gemeinschaft.

Bei weiteren Fragen rund um die Junge Gruppe sind wir jederzeit über unseren Instagram-Account „junge_gruppe_gdp_bpolf“ erreichbar. ■

GdP-KREISGRUPPE KAISERSLAUTERN

80. Geburtstag

Roswitha Hemmerling



Foto: GdP-Kreisgruppe Kaiserslautern

Am 14. Juni 2024 hatte Roswitha Hemmerling als Seniorenbeauftragte der GdP-Kreisgruppe Kaiserslautern gemeinsam mit dem Vorsitzenden Carsten Sottong einen erfreulichen Termin. Der ehemalige Kollege und Dienstgruppenleiter Hans Bader feierte seinen 80. Geburtstag. Wir wünschen Hans weiterhin alles Gute, vor allem viel Gesundheit und einen langen (Un-)Ruhestand. ■

GdP-KREISGRUPPE KASSEL

40 Jahre in der GdP

Thomas Weichert



Foto: GdP/Thomas Weichert

Gerhard Kügel beging sein 40. Gewerkschaftsjubiläum. Thomas Weichert, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Kassel, war es eine Freude den heute 67-jährigen Jubilar zu ehren und ihm ein repräsentatives Geschenk zu überreichen. Herzlichen Dank für die langjährige Mitgliedschaft. ■



Aus den Seniorengruppen

GdP-KREISGRUPPE WESER-EMS Seniorentreffen

Karsten Kube

Das diesjährige Seniorentreffen der GdP-Kreisgruppe Weser-Ems fand in Lingen/Ems statt. Treffen war um 13 Uhr am Bahnhof. Zuerst gab es eine Kaffeerunde mit Begrüßungsworten des Kreisgruppenvorsitzenden, des Seniorensprechers der Kreisgruppe und des Seniorenvertreters der Direktionsgruppe.

Stadtführung mit anschließendem Imbiss

Im Anschluss fand eine sehr professionelle und hochinformativ Stadtführung statt, die im Rathaus begann. In knapp zwei Stunden wurden die Teilnehmenden über die geschichtlichen Hintergründe der Entstehung Lingens anhand weiterer historischer Gebäude informiert. Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine gemütliche Runde bei einem Imbiss in der alten Posthaltere.

Der Dank geht an die Organisatoren Torsten de Groot und Uwe Flink. Trotz einer relativ geringer Teilnehmendenzahl soll auch im kommenden Jahr eine Veranstaltung angeboten werden, da auch das diesjährige Treffen von den Teilnehmenden sehr positiv aufgenommen wurde. ■



Fotos: GdP-Kreisgruppe Weser-Ems (2)



SEMINAR DER SENIORENGRUPPE DER GdP-DIREKTIONSGRUPPE HANNOVER

Was ist für den Unruhestand zu bedenken?

GdP-Direktionsgruppe Hannover



Foto: GdP-Direktionsgruppe Hannover

Das Seminar der Seniorengruppe fand am 27. Mai 2024 in Hamburg-Jenfeld statt, vorbereitet vom Seniorensprecher der GdP-Kreisgruppe Hamburg, Dieter Lazarus. Mit Organisatoren und Referenten fanden sich insgesamt 23 Teilnehmende ein. Mitglieder angrenzender GdP-Organisationen waren ebenfalls vertreten. So nahmen auch Interessierte des Landesbezirks Hamburg, der Direktionsgruppe Küste sowie der Kreisgruppen Bremen und Zoll Hamburg teil.

Matthias Dieter Pape von der PVAG/Signal Iduna gab im Anschluss wertvolle Informationen für Seniorinnen und Senioren zu den neuesten Erkenntnissen zum Thema Versicherungen im Alter an die Teilnehmenden weiter.

Thilo Blanck, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Hamburg und zugleich Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Direktionsgruppe Hannover, überbrachte Grüße des Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Hannover, Magnus Post.

Unterschiedliche Themenbereiche auf der Agenda

Im Rahmen des Seminars wurden unterschiedliche Themenbereiche besprochen. Zum Gesamtkomplex Vollmachten, Betreuungs- und Patientenverfügung sowie Testament referierte Rechtsanwältin Volker Mischewski aus Hannover sehr professionell.

Unter dem Punkt allgemeine Angelegenheiten trug der Seniorenbeauftragte der GdP-Direktionsgruppe Hannover, Karsten Kube, Themenbereiche wie Hinterbliebenenversorgung, Zuverdienstgrenzen bei Nebentätigkeit, Sterbegeld und Beihilfe vor; Dieter Lazarus sprach über die Vorteile einer GdP-Mitgliedschaft auch im Ruhestand.

Auch für das leibliche Wohl war gesorgt

Thilo Blanck und Jörg Eckhoff vom Flughafen Hamburg sorgten zudem für die Organisation rund um die kulinarische Versorgung, Manuela Proske von der GdP Zoll Hamburg steuerte zudem einen selbst gemachten Kartoffelsalat für das leibliche Wohl bei. In der Feedbackrunde fand die Veranstaltung ein sehr positives Echo, alle fanden die Themen wichtig und informativ, alle würden wiederkommen. Der Dank gilt dem Initiator Dieter Lazarus, allen „helfenden Händen“, den Referenten und nicht zuletzt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser gelungenen Seniorenveranstaltung. ■



GdP-SENIORENVERBUND HESSEN/RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND

Stahlgewinnung im Saarland – Besichtigung des Weltkulturerbes Völklinger Hütte

Doris Bauer und Frank Herrgen

Am 19. Juni 2024 trafen wir uns an der Völklinger Hütte zunächst zu einem kleinen Sektempfang, bevor wir in Begleitung eines fachkundigen Guides die beeindruckenden Hallen und Maschinen

von der Gebläsehalle bis zum Hochofen besichtigten. Dabei erfuhren wir, wie Roheisen entsteht und wie es den Menschen ergangen ist, die früher hier gelebt und gearbeitet haben. Die sehr informative Führung dauerte



Foto: GdP-Seniorenverbund Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

knapp zwei Stunden. Im Anschluss wurde bei einem geselligen Beisammensein im örtlichen Biergarten die Veranstaltung zum Abschluss gebracht, bevor die deutsche Mannschaft bei der EM zum Einsatz kam. ■

SENIORENGRUPPE GdP-BEZIRK BUNDESPOLIZEI | ZOLL

Im Land des Hermann

Reinhold Schuch



Foto: Seniorengruppe GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Nach einer kurzen Einführung in das Thema am Anreisetag standen am Nachmittag die Radtour und der Besuch des Archäologischen Freilichtmuseums in Oerlinghausen auf dem Programm. Das Hauptaugenmerk bei dieser Führung lag nicht unbedingt auf den Nebengebäuden, sondern vielmehr darauf, wie das Germanentum von den Nationalsozialisten ideologisch genutzt wurde.

Besuch des Hermannsdenkmals

Am nächsten Tag stand der Besuch des Hermannsdenkmals auf dem Programm. Neben den Ausführungen zu Entstehung und Bau wurde den Teilnehmenden immer wieder vor Augen geführt, wie das Denkmal von den Nationalsozialisten für ihre Gesinnung genutzt wurde und wie die SS in Ostwestfalen um das Denkmal sowie um die anschließend besuchten Externsteine ein besonderes Beziehungsgeflecht strickte, das teilweise bis in die heutige Zeit nachwirkt.

Besonders erschütternd waren dann die Ausführungen in der Gedenkstätte Stalag 326 und auf dem Soldatenfriedhof in Stukenbrock-Senne am nächsten Tag. Nach entsprechenden Ausführungen am Morgen erreichten die Teilnehmenden am frühen Nachmittag mit

dem Bike das Areal des ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenenlagers. Heute sind lediglich noch zwei Gebäude zu sehen, die an das Lager erinnern. Auf dem überwiegenden Teil des Areals ist eine Polizeischule von Nordrhein-Westfalen entstanden. In naher Zukunft soll hier allerdings ein Teil des Geländes abgeteilt und eine Gedenkstätte mit bundesweiter Bedeutung errichtet werden. Den Ausführungen der Referentin war zu entnehmen, dass hier von 1941 bis zur Befreiung im April 1945 etwa 300.000 vorwiegend sowjetische Kriegsgefangene unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht waren. Aus Originalzitataten, unter anderem von Heinrich Himmler, konnten sich die Teilnehmenden ein Bild darüber machen, wie man gerade die sowjetischen Kriegsgefangenen betitelte und behandelte. Bis zu 60.000 Menschen – eine genaue Zahl kann nicht festgelegt werden, da viele nicht erfasst wurden – fanden hier den Tod. Sie wurden auf dem in etwa einen Kilometer entfernten Soldatenfriedhof in 36 Massengräbern von je 110 m Länge verscharrt. Insgesamt kamen fast drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland ums Leben. Schockiert von dem Gehörten und Gesehenen wurde die Heimfahrt angetreten. Das Ende der Veranstaltung bildete dann eine Abschlussdiskussion am Abreisetag zum heutigen Umgang mit historisch-politischen Mythen und der Frage, ob wir aus der Geschichte lernen.

Aufgrund der großen Resonanz – im Sommer findet ein weiteres Seminar für GdP-Senioren statt – kann man davon ausgehen, dass dieses Seminar zum festen Bestandteil der Bildungsveranstaltungen wird. ■

Das Feedback bei den Teilnehmenden war eindeutig: sehr informativ, super organisiert, vielleicht einen Tag zu kurz. Es geht hier um eine neu konzipierte Bildungsveranstaltung des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll, die sich an politisch interessierte Mitglieder richtet und zu der sich 16 Teilnehmende im Haus Neuland bei Bielefeld eingefunden hatten. Der Titel des Seminars „Land des Hermann“. Der Inhalt „Mythenbildung und Geschichtspolitik rund um den Teutoburger Wald aktiv erkunden“.



Nachrufe



Am 27. April 2024 hat uns plötzlich und unerwartet unser Kollege

Siegfried Gabriel

verlassen. Der Tod unseres „Siggis“ im Alter von nur 54 Jahren hat uns tief getroffen. Siggis war über die Grenzen der Bundespolizeiinspektion Kaiserslautern sehr geschätzt.

Die Beisetzung und Trauerfeier fanden am 24. Mai 2024 im Ruheforst Kaiserslautern statt. Im Rahmen der sehr bewegenden Abschiednahme wurde sein Gedenken auch durch eine Trauerrede der Inspektionsleiterin geehrt. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen der Dienststelle, der MKÜ Koblenz, Pensionäre und Kollegen aus ehemaligen Dienststellen haben ihm im Rahmen der Beisetzung die letzte Ehre erwiesen.

Siggis hinterlässt dienstlich, als guter Freund und Weggefährte eine große Lücke. Unsere Gedanken gelten seiner Familie, wir werden Siggis ein ehrendes Andenken bewahren.

**Carsten Sottong für die
GdP-Kreisgruppe Kaiserslautern**

Plötzlich und unerwartet verstarb im Juni 2024 im Alter von nur 64 Jahren unser Kollege

Uwe Groth

Uwe Groth war als Bundespolizeiliche Unterstützungskraft in der Zentralen Bearbeitungsstelle für Fahrgelddelikte (ZBFD) als Bearbeiter tätig.

Viele Jahre war er Vertrauensmann der GdP-Kreisgruppe Pirna und immer offen und hilfsbereit, wenn es um gewerkschaftliche Belange ging. Uwe hatte einen Sinn für Humor und sein verschmitztes Lächeln wird uns fehlen.

**Sven Förster für die GdP-Kreisgruppe Pirna
Jörg Günther für die
GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland**

Wir trauern um unseren Ehrenvorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Walsrode

Eberhard Arends

* 2. Juni 1934 † 1. Juni 2024

Wir werden Eberhard Arends als engagierten Gewerkschafter und liebevollen Familienmenschen in Erinnerung behalten.

**In stiller Trauer
die GdP-Kreisgruppe Walsrode**



Das schönste Denkmal,
das ein Mensch bekommen
kann, steht in den Herzen
der Mitmenschen.

Albert Schweitzer

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei | Zoll

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Simone Kruppen (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de

Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.